

Wirksame EU-Diplomatie und Maßnahmen in Bezug auf Palästina/Israel sind jetzt notwendig

ERKLÄRUNG ehemaliger Minister, Botschafter und hochrangiger Beamter der EU und ihrer Mitgliedstaaten vom 2. Februar 2026

In einer Zeit, in der die internationale Ordnung vor beispiellosen Herausforderungen steht, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten mit allen relevanten Parteien zusammenarbeiten, um im Einklang mit den langjährigen Grundsätzen und Resolutionen der Vereinten Nationen sowie dem Völkerrecht Frieden in Israel und Palästina zu schaffen.

Dieses Engagement muss parallel zur Einführung von Präsident Trumps „Friedensrat“ am 22. Januar in Davos erfolgen. Ein Konzept, das auf der Grundlage des Mandats der Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats darauf abzielt, die zweite Phase eines umfassenden Plans zur Herbeiführung des Friedens in Gaza zwischen Israel und Palästina einzuleiten, in der Folge der katastrophalen Kette von Ereignissen, die durch die tödlichen Angriffe der Hamas am 7. Oktober 2023 ausgelöst wurde. Während Repräsentativität, politische Steuerung, rechtlicher Status sowie der geplante globale Zuständigkeitsbereich des Gremiums und seiner untergeordneten Organe grundlegende Bedenken aufwerfen, sollte der unmittelbare Fokus der EU und der internationalen Gemeinschaft darauf liegen, der gegenwärtigen, überaus harschen Realität vor Ort in Gaza sowie in Ostjerusalem und im Westjordanland, wo sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert, entgegenzuwirken. Wenn diese dringenden Probleme nicht unverzüglich angegangen werden, werden die Ziele des Plans, nämlich die Förderung der Sicherheit, die Entwaffnung der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen, eine wirksame Zivilverwaltung, der Wiederaufbau und die Entwicklung sowie ein langfristiger Frieden, vereitelt werden. Die folgenden beunruhigenden Entwicklungen machen deutlich, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten entschlossene und rasche diplomatische Maßnahmen ergreifen müssen:

- Während der ersten „Waffenstillstandsphase“ des Plans hat Israel seine gezielten Militäraktionen unerbittlich fortgesetzt, was zum Tod von über 500 Palästinensern in Gaza geführt hat, darunter mehr als 100 Kinder. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der palästinensischen Todesopfer seit Beginn der Militäroperationen auf fast 71 700, von denen die überwiegende Mehrheit Zivilisten waren. Diese Tötungen müssen sofort eingestellt werden.
- Anhaltende Beschränkungen verhindern die uneingeschränkte und ungehinderte Bereitstellung humanitärer Hilfe, einschließlich von Unterkünften und anderer Unterstützung zur Vorbereitung auf den Winter, für die mittellosen und verarmten Palästinenser in Gaza. Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Beschränkungen aufgehoben werden und dass die Einfuhr humanitärer Hilfsgüter nicht durch eine

restriktive „Dual-Use“-Politik Israels behindert wird. In diesem Zusammenhang muss der Grenzübergang Rafah für den Waren- und Personenverkehr in beide Richtungen vollständig, ungehindert und dauerhaft geöffnet werden, wobei EUBAM Rafah eine wichtige unterstützende Rolle spielen sollte.

- Israels Aufhebung der Registrierung von etwa 37 internationalen Nichtregierungsorganisationen (INRO), die dringend benötigte Hilfe nach Gaza leisten, ist die Folge der Anordnung, sie nur einer Weise arbeiten zu lassen, die von den humanitären Grundsätzen der Vereinten Nationen abweicht.

Diese obstruktive Politik Israels sollte unverzüglich eingestellt werden. INRO und andere Hilfsorganisationen sollten ihre lebensrettende Arbeit ungehindert fortsetzen können, nicht zuletzt, um zu verhindern, dass noch mehr Kinder durch schwere Unterkühlung ums Leben kommen. Unter keinen Umständen sollte zu der gescheiterten Politik zurückgekehrt werden, Hilfe über fehlgeleitete Akteure zu kanalisieren, wie die „Gaza Humanitarian Foundation“ (GHF), die für Tausende Palästinenser tödliche Folgen hatte.

- Die unaufhörliche Kampagne Israels, UNRWA zu verunglimpfen und die Identität der palästinensischen Flüchtlinge auszulöschen, indem es die Arbeit der Organisation in Gaza und im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, behindert, stellt eine flagrante Missachtung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 22. Oktober 2025 dar. Dies erreichte seinen Höhepunkt am 20. Januar mit der physischen Zerstörung des UNRWA-Büros im Westjordanland in Sheikh Jarrah in Ostjerusalem – unter Anwesenheit des israelischen Ministers für Nationale Sicherheit.

Die Zerstörung der UNRWA-Präsenz in Gaza, ein weiteres Ziel Israels, gefährdet die Ausbildung und das Wohlergehen von Hunderttausenden von Kindern, die bereits über zwei Jahre Schulbildung verloren haben. Wie viele europäische Länder und Kanada gefordert haben, sollte Israel seine zerstörerische Kampagne gegen UNRWA beenden, die einzige Organisation, die in der Lage ist, Palästinenser in großem Umfang zu versorgen.

- Im Jahr 2025 trieb Israel Pläne für über 47.000 „Wohneinheiten“ (in einigen Fällen kann eine sogenannte Einheit ein ganzes Wohnhaus sein) im Westjordanland vorangetrieben, was einer Steigerung von 81 % gegenüber 2024 entspricht und eine eklatante Missachtung eines weiteren Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 darstellt, in dem die Verpflichtung Israels betont wurde, alle Siedlungsaktivitäten einzustellen, die Siedler zu evakuieren und ihre rechtswidrige Präsenz zu beenden. Die Veröffentlichung von Bauausschreibungen für 3400 „Einheiten“ im Dezember 2025 durch die israelischen Behörden für das Landstück E1 zwischen Ostjerusalem und dem Westjordanland zielt eindeutig darauf ab, die geografische Kontinuität des Westjordanlands zu zerstören, die Gründung eines

palästinensischen Staates zu verhindern und die Zwei-Staaten-Lösung zu untergraben. Diese illegalen Aktivitäten sollten unverzüglich eingestellt werden, ebenso wie die eskalierenden Aktionen gewalttätiger Siedler, die unter dem Schutz der IDF palästinensische Dörfer und ihre Bewohner in den besetzten palästinensischen Gebieten terrorisieren.

- Israel hält weiterhin palästinensische Steuereinnahmen zurück und blockiert Korrespondenzbankgeschäfte zwischen Israel und Palästina, wodurch es die ordnungsgemäße Funktionsweise der Palästinensischen Autonomiebehörde untergräbt und palästinensische Unternehmen daran hindert, Zugang zu dringend benötigten Finanzmitteln zu erhalten. Diese Maßnahmen sollten unverzüglich rückgängig gemacht werden.
- Fast 28 Monate nach dem 7. Oktober ist es internationalen Medien immer noch verboten, in Gaza zu arbeiten. Dieses Verbot ist inakzeptabel und muss aufgehoben werden.
- Hunderte von Journalisten, Ärzten und anderem medizinischen Personal, Lehrern und Hilfskräften haben in Gaza ihr Leben verloren; in vielen Fällen waren sie beabsichtigte Ziele. Dies muss unverzüglich aufhören.
- Das Schicksal von über 9.000 palästinensischen Häftlingen in israelischen Gefängnissen, darunter Minderjährige und viele ohne Anklage, muss dringend geklärt werden.

Die oben beschriebenen Ereignisse erfordern Maßnahmen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, die sich der im September 2025 von 142 UN-Mitgliedstaaten verabschiedeten New Yorker Erklärung angeschlossen haben und auf die in der Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats Bezug genommen wird, haben Handlungen, die dem Frieden zuwiderlaufen, stets verurteilt. Solche Verurteilungen wurden jedoch nicht durch konkrete Maßnahmen untermauert.

An der Schwelle zu neuen Bemühungen um die Förderung des Friedens sollte die EU entschlossen gegen alle vorgehen, deren Annexionspolitik darauf abzielt, die unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechte der Palästinenser zu bedrohen und die Zwei-Staaten-Lösung zu untergraben. Darüber hinaus muss es Rechenschaftspflicht geben und keine Straffreiheit für diejenigen auf beiden Seiten, die gegen das Völkerrecht verstoßen haben.

In dieser kritischen Phase fordern wir die EU und ihre Mitgliedstaaten auf:

- Von einer Mitgliedschaft im „Friedensrat“ abzusehen, dem in seiner derzeitigen Zusammensetzung ein vom IStGH der Kriegsverbrechen beschuldigter Angeklagter angehört (ein zweiter wurde eingeladen) und dessen Satzung und politische

Steuerungsstruktur die Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit zu untergraben, wenn nicht sogar zu ersetzen drohen.

- Unverzüglich einen kritischen, zeitlich begrenzten Dialog mit Israel über die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel aufzunehmen. In Ermangelung konstruktiver Reaktionen und Maßnahmen angesichts dieser Bedenken sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die israelischen Exzesse und anhaltenden Verstöße gegen das Völkerrecht zu stoppen, einschließlich der Aussetzung des Abkommens. In Übereinstimmung mit den geltenden Urteilen und Gutachten des Internationalen Gerichtshofs sollte jede militärische Unterstützung für Israel eingestellt und der Handel mit seinen illegalen Siedlungen wirksam verboten werden.
- Proaktive Kontaktaufnahme zu gleichgesinnten und strategischen Partnern in der OECD, im Nahen Osten, im globalen Süden und anderen G20-Mitgliedern, um gemeinsame Positionen zu erarbeiten und Initiativen zur Förderung des Friedens zu entwickeln.

Ein entschlossenes Vorgehen auf der Grundlage der Gründungswerte und -prinzipien der EU wird von entscheidender Bedeutung sein, um das Ansehen der Union als Kraft für Frieden und Gutes in unserer Zeit wiederherzustellen.

Erklärung, unterzeichnet am 2. Februar 2026 von 406 ehemaligen Ministern, Botschaftern und hohen Beamten der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

[Link zur Liste der Mitunterzeichner](#) (weitere Unterschriften können später hinzukommen)

Link zu einer Zusammenstellung der von dieser Gruppe in früheren Erklärungen befürworteten Maßnahmen

Frühere Erklärungen dieser Gruppe wurden veröffentlicht im: Juli, August, September und Oktober 2025